NIEDERSCHRIFT

ÜBER DIE 44. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES – ZUM TEIL GEMEINSAM MIT DEM FINANZAUSSCHUSS – IN DER 10. WAHLPERIODE AM 27. NOVEMBER 2017 IN BAD EMS

Es sind anwesend: Vorsitzender: Herr Landrat Frank Puchtler Kreisbeigeordnete: Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela BertramNievern Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner JüngstNiederneisen Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim......Obernhof Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren Vertreter: Frau Erika FritscheWinden Herr Carsten Göller Eschbach Herr Günter Groß.....Lahnstein Herr Werner GroßLahnstein Frau Gabriele Laschet-EinigLahnstein Herr Udo RauNassau Herr Michael Schnatz......Diez Frau Rita WolfBraubach Es fehlen: Herr Josef Winkler.....Bad Ems Mitglieder des Finanzausschusses bzw. deren Vertreter: Herr Klaus Brand......Ehr Herr Jörg Denninghoff......Allendorf Herr Oskar Floeck......Bad Ems Herr Manfred FriesenhahnWeisel Herr Frank Holzhäuser......Diez Herr Franz LehmlerNievern Herr Hans-Wilhelm Lippert......Scheidt Frau Marlene MeyerArzbach

Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Es fehlen:	
Herr Leo Neydek	Kemmenau
Frau Eva Schmidt	Singhofen

Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker

Herr stelly. Büroleiter Thorsten Butzke

Herr Abteilungsleiter Bernd Menche

Herr stellv. Abteilungsleiter Alexander Neeb (Sitzungsteil A)

Frau Severin Holl, Finanzabteilung (Sitzungsteil A)

Herr Abteilungsleiter Dieter Petri

Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel (Sitzungsteil A)

Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius (Sitzungsteil A)

Herr stelly. Abteilungsleiter Markus Dany (Sitzungsteil A)

Frau Bettina Riehl-Rosenthal (Sitzungsteil A)

Frau Jessica Rosstäuscher (Sitzungsteil A)

Herr Yakub Kiziltoprak (nur ö.T.)

Herr Uwe Rindsfüßer (nur ö.T.)

Herr Markus Lewentz, Vorsitzender Personalrat

Schriftführer:

Herr Timm Jörnhs

Gäste:

Herr Jöckel, Rhein-Zeitung

Frau König-Lehrmann, Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal

Herr Nink, Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08:35 Uhr die gemeinsame öffentliche Sitzung des Kreisund Finanzausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der beiden Gremien fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 17.11.2017 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass diese wie folgt beschlossen wird:

(A) Öffentliche Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses

- 1. Genehmigung der Niederschrift
- Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 (inkl. Anlagen)
- 3. Beratung und Beschlussfassung über das fortgeschriebene Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm
- 4. Bundesgartenschau 2031
- 5. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

(B) Sitzung des Kreisausschusses

I. Öffentliche Sitzung:

- 1. Beratung und Beschlussfassung über die Lieferung und Montage von interaktiven Unterrichtssystemen für Schulen in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises
- 2. Beteiligung an der Bündelausschreibung Gas
- 3. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Einrichtung eines Seniorenbeirats
- 4. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

- 1. Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis
- 2. Personalangelegenheiten
- 3. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

(A) Öffentliche Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die 43. Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses in der 10. Wahlperiode am 14.11.2017 werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig bei einer Stimmenthaltung genehmigt wird.

Punkt 2:

Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;

Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 (inkl. Anlagen)

Der **Vorsitzende** nimmt zunächst Bezug auf die in der letzten Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses am 14.11.2017 angesprochene Thematik des negativen Eigenkapitals und der Höhe des Umlagesatzes.

Der Bitte von Herrn Lammert, eine entsprechende Übersicht der anderen Landkreise hinsichtlich des nicht durch Eigenkaptal gedeckten Fehlbetrags vorzulegen, wurde mit einer Tischvorlage entsprochen. Diese zeigt elf weitere Kreise in Rheinland-Pfalz auf, welche mit dem gleichen Problem wie der Rhein-Lahn-Kreis zu kämpfen hat. Dabei betragen die (voraussichtlichen) Fehlbeträge zum 31.12.2016 zwischen 11,5 Mio. € und 174,3 Mio. €. Die Kreisumlagehebesätze liegen im Jahr 2017 zwischen 41,00 % und 51,14 %; der Mittelwert liegt bei 44,91 %. Sechs von elf bilanziell überschuldeten Kreisen haben im Jahr 2017 den Kreisumlagehebesatz angehoben.

Entsprechend der Haushaltsplanentwürfe 2018 planen die elf überschuldeten Landkreise mit konstanten Kreisumlagehebesätzen.

Herr **Göller** bedankt sich für die gemachten Ausführungen und Darstellungen der Verwaltung. In seiner Fraktion sei über die Haushaltsvorlage intensiv beraten worden, die Umlage solle stabil gehalten werden und die Zustimmung könne signalisiert werden.

Herr **Lammert** spricht ebenfalls seinen Dank für die informative Tischvorlage aus und führt an, dass sich seine Fraktion noch nicht abschließend beraten hätte. Es sei schade, dass die Haushaltspolitik ein Stück weit fremdbestimmt sei und erkundigt sich nach dem Spitzenreiter bei den Hebesätzen.

Dazu antwortet der **Vorsitzende**, dies sei der Landkreis Germersheim mit 51,14 % im Jahr 2017.

Herr **Hartmann** möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie der Haushalt in den anderen Kreisen aussehe und ob dort ebenfalls ein so hoher Überschuss bestünde.

Der Vorsitzende führt dazu aus, dass es beide Seiten zu betrachten gebe, der Tenor aber eindeutig auf Stabilität liege.

Herr **Göller** merkt an, man sei der nicht einzige Kreis in dieser Situation. Entscheidungen müssen getroffen werden, die für den Kreis Rhein-Lahn richtig seien. Man dürfe sich nicht an anderen Landkreisen orientieren.

Die Mitglieder des Kreis- und Finanzausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass Herr Nink vom LBM noch nicht vor Ort ist und schlägt daher vor, den Tagesordnungspunkt "A.4 Bundesgartenschau 2031" dem Punkt "A.3 Beratung und Beschlussfassung über das fortgeschriebene Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm" vorzuziehen.

Dazu werden keine Einwendungen erheben, so dass dieser Tagesordnungspunkt entsprechend vorgezogen wird.

Punkt 4:

Bundesgartenschau 2031

Der **Vorsitzende** begrüßt Frau König-Lehrmann vom Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und bittet diese, zu dem Punkt vorzutragen.

Frau **König-Lehrmann** führt aus, dass vergangene Woche die Machbarkeitsstudie zum Projekt Buga 2031 von Minister Lewentz auf der Festung Ehrenbreitstein vorgestellt wurde und demnächst in Papierform zur Verfügung stehe.

In einer Präsentation werden den Mitgliedern des Kreis- und Finanzausschusses im Anschluss die Ergebnisse der Studie vorgestellt.

Herr **Göller** spricht sich für ein enges Kostencontrolling aus und merkt an, dass es klar sein müsse, dass man nicht alle Idee werde umsetzen können. Der Anteil des Rhein-Lahn-Kreises an den Gesamtkosten von knapp 1,5 Mio. € über 35 Jahre gestreckt sei absolut leistbar.

Er regt an zu prüfen, was von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft unterstützend beigetragen werden könne und erklärt, auch der Tourismus im ländlichen Raum dürfe nicht vergessen werden.

Herr **Lammert** betont, es sei eine Chance welche genutzt werden müsse, die Finanzierung stehe auf soliden Füßen. Eine enge Vernetzung sei ihm wichtig.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass man Wert darauf lege, dass alle beteiligte Kommunen in einem relativen Verhältnis von der Buga profitieren.

Herr **Hartmann** bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung des Konzepts und spricht die Finanzierung an. Er regt wie seine Vorredner ein enges Finanzcontrolling an.

Herr **W. Groß** bittet um eine intensive Verfolgung des Projekts und ergänzt, dass die entsprechenden Beschlüsse in der Verbandsgemeinde Loreley bereits gefasst worden seien. Er gibt den Hinweis, dass Hotels in Hessen Werbung damit machen, dass sie in der Nähe der Loreley lägen. Er gehe stark davon aus, dass ein solches Projekt immense Impulse für den Tourismus der beteiligten Kommunen gebe.

Herr Lehmler merkt an, dass die Zahl der Übernachtungen während der Buga in Koblenz

im sogenannten "Hinterland" ein Drittel höher war als sonst.

Herr **Brand** bittet um Erläuterung der Tilgungsdauer von 35 Jahren.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die finanzielle Beteiligung bewusst niedrig gehalten wurde, im Endeffekt aber jede Kommune selbst entscheiden kann, ob sie das Ratensystem annehmen möchte oder nicht.

Herr **Sacher** sieht das Projekt ebenfalls durchweg positiv und als Chance, die ergriffen werden sollte.

Frau **Fritsche** spricht sich ebenso für das Finanzierungsmodell aus und führt an, man solle das Projekt positiv begleiten.

Bezüglich der aktuellen Zinssituation entsteht eine kurze Diskussion mit dem Ergebnis, man müsse die Abstimmung über den Verteilschlüssel abwarten.

Die Mitglieder des Kreis- und Finanzausschusses empfehlen dem Kreistag einstimmig dem Beschlussvorschlag gemäß der Sitzungsvorlage vom 21.11.2017 zum Finanzierungsmodell und zur BUGA-Bewerbung zuzustimmen.

Punkt 3:

Beratung und Beschlussfassung über das fortgeschriebene Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn Nink von dem Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz und bittet diesen um Erläuterung des Programms anhand der Sitzungsvorlage.

Herr **Nink** führt aus, man habe für das Jahr 2018 zwei große Maßnahmen geplant. Dies sei die Sanierung der K 93 von Lautert bis zur Landesstraße und als zweites Projekt die K 67 von Friedrichssegen nach Frücht. Bei beiden Maßnahmen werde das Baurecht über ein Planfeststellungsverfahren erlangt, welches vom LBM Koblenz noch nicht abgeschlossen sei. Da zwischenzeitlich entsprechende Signale aus Koblenz eingegangen seien, könne voraussichtlich aber noch in diesem Jahr eine Auftragsvergabe erfolgen.

In der Folge ergeben sich einige Fragen hinsichtlich geplanter und nicht geplanter Abstufungsverfahren, insbesondere der K 65 und der K 74. Die Mitglieder des Kreis- und Finanzausschusses sehen diese als kritisch an und kritisieren ebenso den derzeitigen Umleitungsverkehr, der sich im Kreis immer weiter ausbreitet. Weiterhin gibt es Diskussionsbedarf wegen fehlender Tempo 30 Schilder in kleineren Ortschaften.

Herr **Rau** merkt an, dass entsprechend der Sitzungsvorlage die Kosten bei einigen Aufträgen höher lägen als ursprünglich kalkuliert und dies in der zukünftigen Planung beachtet werden solle.

Bezüglich der Abstufungsproblematik schlägt **Herr Nink** vor, der Kreis solle eine klare Linie festlegen, bei der die Ortschaften gleich behandelt werden würden. Er verweist auf die gesetzlichen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung und dass ausgewiesene Umleitungen im Rhein-Lahn-Kreis aufgrund fehlender Verbindungen oftmals alternativ los seien.

Aus dem Ausschuss kommt der einhellige Vorschlag, die Thematik in einer nichtöffentlichen Sitzung mittels einer Übersichtskarte einmal transparent darzustellen.

Der Vorsitzende sagt diesem zu.

Die Mitglieder des Kreis- und Finanzausschusses beschließen einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen die Umsetzung des fortgeschriebenen mittelfristigen Kreisstraßenbauprogramms gemäß der der Sitzungsvorlage beigefügten Übersicht vom 22.08.2017.

Punkt 5:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** den gemeinsamen Sitzungsteil um 10:05 Uhr und verabschiedet die Mitglieder des Finanzausschusses.

(B) Sitzung des Kreisausschusses:

I. Öffentlicher Sitzungsteil:

Punkt 1:

Beratung und Beschlussfassung über die Lieferung und Montage von interaktiven Unterrichtssystemen für Schulen in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage und betont die Wichtigkeit der Investition in qualifizierte Bildung. Die Umsetzung der Maßnahme setze die moderne Ausstattung der Schulen um und lege somit die Voraussetzungen für eine qualifizierte Bildung.

Die Mitglieder des Kreisausschusses beschließen einstimmig den Auftrag zur Beschaffung der interaktiven Systeme für die Schulen in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises an die Firma "wittler visuelle Einrichtungen GmbH" zum Gesamtbruttoangebotspreis von 34.501,67 Euro zu vergeben.

Punkt 2:

Beteiligung an der Bündelausschreibung Gas

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Die Mitglieder des Kreisausschusses beschließen einstimmig die Beteiligung des Rhein-Lahn-Kreises an der europaweiten Bündelausschreibung für den Gasbezug ab 01.01.2020, die der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung in Mainz für die teilnehmenden Landkreise und Städte durchführt.

Punkt 3:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Einrichtung eines Seniorenbeirats

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die Einrichtung eines solchen Beirates auf Kreisebene von der Leiterin des Seniorenbüros "Die Brücke", Frau Rustler und der Vorsitzenden des Vereins der Freunde und Förderer des Seniorenbüros, Frau Schranz, befürwortet wird.

Herr **Lammert** äußert in diesem Zusammenhang die Bitte, sich ebenfalls Gedanken über die Einrichtung eines Jugendbeirats zu machen. Dies sei nun mal die Zukunft, auch wenn die ältere Generation ebenso gebraucht werde.

Herr **Hartmann** betont ebenfalls den Stellenwert der Gremien, in denen jüngere Menschen aktiv seien und stellt die Frage, ob die Einrichtung eines Seniorenbeirats vor dem Jahr 2019 überhaupt noch Sinn mache.

Daraufhin erklärt Herr **Göller**, dass dem Antrag seiner Fraktion eine lange Diskussion vorausgegangen war. Er sei der Meinung, dass man nicht für alles einen Beirat brauche und tue sich schwer, den Antrag zu befürworten. Es sei immer schwieriger, überhaupt Ehrenamtliche zu finden und wenn, müsse man versuchen, junge Menschen für ein solches Amt zu motivieren. Falls die Einrichtung eines Seniorenbeirats der Anfang einer Bildung von immer mehr Beiräten sein solle, werde er heute gegen seine Fraktion stimmen.

Frau **Laschet-Einig** äußert sich wie ihr Vorredner nur mäßig begeistert von dem Antrag und merkt an, dass sie nur aus Solidarität mit ihrer Fraktion zustimmen werde, nicht aber aus Überzeugung.

Auch Herr **Jüngst** führt an, dass es der richtige Weg sei, die Gesamtbevölkerung an der Politik zu beteiligen, jedoch sei die freiwillige Überzeugung junger Menschen wichtiger als die Einrichtung eines solchen Beirats.

Herr **Rau** macht den Vorschlag, nicht heute über den Antrag abzustimmen, sondern das Thema noch einmal in allen Fraktionen zu besprechen.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass im kommenden Jahr zu der Thematik eine Sitzung des Ältestenrates stattfinden soll, zu der auch Frau Rustler, Frau Schranz und die beiden im Kreishaus für Jugendarbeit verantwortlichen Mitarbeiter, Herr Schreiber und Herr Zissener, eingeladen werden sollen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die Thematik soll in einer gesonderten Sitzung des Ältestenrates nochmals vorberaten und erörtert werden.

Punkt 4:

Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** den öffentlichen Sitzungsteil der Kreisausschusssitzung und stellt um 10:20 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

II. Nichtöffentlicher Sitzungsteil

(...)

Nachdem sich *kein* weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 44. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode um 10:35 Uhr.

Der Vorsitzende: Der Schriftführer:

gez. (Frank Puchtler) Landrat gez. (Timm Jörnhs)